

Niederschrift

zur 4. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree (Wahlzeit 2019/2024)

Sitzungsdatum	Sitzungsdauer	Sitzungsort
Dienstag, den 05.11.2019	18:30- 21:34 Uhr	Festsaal des Alten Rathauses

Anwesenheit

Vorsitz

Stephan Wende ab 18:41 (TOP 8.1; Vorsitz ab 18:51 Uhr),

Bündnis Fürstenwalder Zukunft (BFZ)

Thomas Fischer bis 21:11 Uhr (nach TOP 8.3),

Nancy Krüger,

Alternative für Deutschland (AfD)

Axel Fachtan bis 21:00 Uhr (TOP 8.3),

Rolf Peter Hooge,

CDU-Fraktion

Gernot Geike (Vorsitz bis 18:51 Uhr),

Wolfgang Petenati als Vertreter von Karin Lehmann,

Fraktion DIE LINKE.

Peter-Martin Mattigk,

SPD-Fraktion

Dr. Franz H. Berger,

Bündnis 90/Die Grünen

Peter Apitz ab 18:31 Uhr (TOP 4.1),

Sachkundige EinwohnerInnen

Christian Altmann,

Stephan Bartsch,

Christian Engel,

Jürgen Grasnick,

Jürgen Hajduk,

Veronika Kuo,

Bernd Saliter,

Verwaltung

Christfried Tschepe, Fachbereichsleiter Stadtentwicklung,

Carsten Fettke, Fachgruppenleiter Bau- und Liegenschaftsmanagement ab 18:48 Uhr (TOP 8.1) bis 21:11 Uhr (nach TOP 8.3),

Marion Nötzel, Fachgruppenleiterin Straßen und Grünflächen bis 21:11 Uhr (nach TOP 8.3),

Marco Witte als Protokollant,

Gäste

Manja Wilde Märkische Oderzeitung,
Andreas Heis
sowie weitere zwei Bürger.

Abwesend

CDU-Fraktion

Karin Lehmann (entschuldigt),

FDP-Fraktion

Reinhard Ksink.

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Da Herr Wende sich etwas verspätet, übernimmt Herr Geike stellvertretend den Vorsitz. Er eröffnet die 4. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung um 18:30 Uhr.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit

Die ordnungsgemäße Ladung wird festgestellt. Es sind acht stimmberechtigte Abgeordnete anwesend. Der Ausschuss ist somit beschlussfähig.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Es gibt keine Anmerkungen zur Tagesordnung. Damit gilt diese als festgestellt.

TOP 4 Niederschriften

TOP 4.1 Niederschrift der 1. Sitzung vom 06.08.2019

Es gibt keine Anmerkungen zur Niederschrift. Damit gilt diese als bestätigt.

TOP 4.2 Niederschrift der 2. Sitzung vom 03.09.2019

Es gibt keine Anmerkungen zur Niederschrift. Damit gilt diese als bestätigt.

TOP 4.3 Niederschrift der Fortsetzung der 2. Sitzung vom 19.09.2019

Es gibt keine Anmerkungen zur Niederschrift. Damit gilt diese als bestätigt.

TOP 4.4 Niederschrift der 3. Sitzung vom 01.10.2019

Es gibt keine Anmerkungen zur Niederschrift. Damit gilt diese als bestätigt.

TOP 5 Informationen des Vorsitzenden

Protokollnotiz: Der Tagesordnungspunkt fand nach dem TOP 8.1 statt.

Der Vorsitzende lädt herzlich zur Teilnahme am traditionellen Gedenk-**Lichtermarsch** ein. Dieser wird am 9. November um 18 Uhr im Dom mit einer Andacht beginnen und ab 18:30 Uhr entlang einiger Stolpersteine zum Jüdischen Friedhof führen. Über eine rege Teilnahme würde er sich freuen.

TOP 6 Informationen und Anfragen aus Beiräten

Es gibt keine Informationen oder Anfragen aus den Beiräten.

TOP 7 Einwohnerfragestunde

Herr Heis erklärt sich mit der Aufzeichnung und Veröffentlichung einverstanden. Er wirbt um Zustimmung zur Veränderungssperre (TOP 8.4) und informiert darüber hinaus, dass sechs Anwohnerfamilien Pläne zur Gründung eines Vereins vorantreiben, der sich bei der Ausstattung, Gestaltung und Pflege des „Bettina-von-Arnim-Parks“ engagieren würde, um die kommunalen Kosten zu reduzieren. Dazu würde der Verein einen **Patenschaftsvertrag** mit der Stadt abschließen.

TOP 8 Behandlung der Tagesordnung des öffentlichen Teils der Sitzung

TOP 8.1 Sachstand Aufwertung Marktplatz

7/IV/062

Herr Tschepe erläutert, dass im Ergebnis der Ausschreibung zur Aufwertung des Marktplatzes nur ein Angebot eingegangen ist, das weit über der Kostenberechnung und den förderfähigen Kosten gemäß Plausibilitätsprüfung liegt. Da die aufgerufene Summe im Haushalt nicht darstellbar ist, wurde die Ausschreibung aufgehoben. Folgende Möglichkeiten bestehen für den weiteren Prozess:

- die Nutzung von Stadtumbau-Mitteln in den Folgejahren,
- die Streichung besonders kostenträchtiger Elemente und
- die Neuausschreibung mit anderen Rahmenbedingungen.

Der getroffene Ausführungsbeschluss hat **keine Chance** der Realisierung in 2020. Er wäre zurückzunehmen oder zu ändern. Es wird vorgeschlagen, im Jahr 2021 veränderte Ausführungen durchzuführen, damit der Platz bis zum Jubiläumsjahr 2022 aufgewertet wird. Aktuell findet sich der Marktplatz nicht mehr im Haushaltsentwurf, auch nicht für die Folgejahre. Es sollten dennoch zumindest einige Maßnahmen aus den Ergebnissen der Bürgerbefragung umgesetzt werden.

Frau Nötzel ergänzt, dass das ursprünglich beauftragte Planungsbüro sich inzwischen im Ruhestand befindet. Für Umplanungen müsste ein neues Büro gefunden werden. Hier sollte vor Auftragserteilung die Zielstellung klar formuliert sein.

Herr Apitz erinnert daran, dass das größte **Interesse der Bürger** in der Schaffung zusätzlicher Sitzgelegenheiten und Fahrradparker bestand. Ziel sollte die Umsetzung dieser Begehren bis 2022 sein. Dies könnte auch sukzessive erfolgen. Frau Nötzel erläutert, dass die Erhöhung der Anzahl an Anlehnbügeln auch aus dem laufenden Haushalt finanziert werden könnte. Herr Apitz stellt hinsichtlich der geplanten höherwertigen Bänke den Nutzen vor die Schönheit. Dies befürwortet Herr Wende und meint, wenn die Bänke genutzt werden, können sie ohnehin nicht groß unterschieden werden. Zudem ist Vielfalt nicht immer das Schlechteste.

Herr Wende sieht jetzt die Chance, das „Geldverbrennen“ zu stoppen: Es sollte sich auf das **Notwendige** konzentriert werden. Dies sind aus seiner Sicht: mehr Fahrradparker, mehr Sitzmöglichkeiten und die Begrünung des Platzes. Die Begrünung muss nicht zwingend durch Bäume erfolgen, die bereits angeschafften Blumenampeln sind ein positives Beispiel. Die jetzigen Blumengefäße könnten durch größere ergänzt werden. Die Pläne für die Aufwertung des Marktplatzes können abgelegt und bei Bedarf und Möglichkeit später umgesetzt werden. Andere Projekte sind aus seiner Sicht wichtiger. Eine sukzessive Umsetzung hält er für unrealistisch.

Protokollnotiz: Um 18:51 Uhr übergibt Herr Geike den Vorsitz an Herrn Wende.

Herr Tschepe erläutert, dass die Stadt bei den Fördermitteln im Programm „Aktive Stadtzentren“ ausgeschieden ist, aber noch das Programm „Stadtumbau“ zur Finanzierung möglich wäre. Die Ergebnisse der Umfrage könnten nachgereicht werden, um die Möglichkeit zu bieten, über die

einzelnen Elemente zu diskutieren und abzustimmen. Die Maßnahmen könnten in Teilen auch als Maßnahmen der laufenden Verwaltung umgesetzt werden.

Herr Fischer schließt sich Herrn Wende an: Auch er sieht andere Projekte mit dringlicherer Umsetzungsnotwendigkeit. Er regt an, die derzeitige **Hochboomphase** der Bauindustrie abzuwarten, um danach günstigere Angebote erhalten zu können. Herr Wende merkt an, dass die Boomphase auch deshalb besteht, weil das Baugeld derzeit sehr günstig ist. Möglicherweise lassen sich auch einzelne Maßnahmen kommunal gestalten.

Der Vorsitzende empfiehlt der Verwaltung, für die nächste Ausschusssitzung eine **Entscheidungsvorlage** auf Grundlage der Umfrage zu erstellen, und den Fraktionen, die Thematik im Vorlauf zu diskutieren. Frau Nötzel merkt an, dass die für den Marktplatz vorgesehen Gelder komplett weg sind und auch kleinere Anschaffungen Geld kosten werden.

TOP 8.2 Vorstellung Entwurfsplanung Arrondierung Nordpark

Frau Nötzel erläutert anhand der Planzeichnung (Entwurf nach Leistungsphase 4), dass es um eine relativ einfache Gestaltung handelt. Zwischen Wladislaw-Wolkow-Straße und Große Freizeit wird die **Wegeverbindung** verbessert. Es sollen vier Lichtpunkte analog zu bestehenden an den anderen Wegen errichtet werden. Der vorhandene Zugang zum Skaterplatz bleibt erhalten. Am Weg werden drei Spielpunkte (Grashalme) entstehen. Im Bereich des früheren Krankenhausgebäudes (rot umrandet) ist damit zu rechnen, dass noch Trassen und Kellerreste vorhanden sind. Die Planung umfasst 4.800 m² Fläche, davon 300 m² zur Anpassung des Weges von der Haydnstraße. Hierfür werden 435.000 Euro, einschließlich Nebenkosten 540.000 Euro angesetzt. Die wird über das Programm „Soziale Stadt“ gefördert. Der städtische Eigenanteil beträgt 1/3.

Von der Unteren Naturschutzbehörde wurde beauftragt, dass in den in der Zeichnung hell- und dunkelgrün gekennzeichneten Flächen der Boden nur außerhalb der **Vegetationszeit** (Oktober bis Februar) ausgetauscht werden darf. Wenn dies nicht in diesem Winter erfolgt, dann verzögert sich das Projekt um ein Jahr.

Herr Wende dankt, dass der aktuelle Planungsstand erläutert wurde. Wenn die Abgeordneten das Projekt wollen, dann muss es in der Haushaltsdiskussion berücksichtigt werden.

Herr Mattigk weist darauf hin, dass es rückseitig zum Grundstück der Feuerwache ein kleines **Tor** gibt, das durch die Feuerwehrleute rege genutzt wird. Da dort kein befestigter Weg hinführt, ergeben sich Probleme in den Wintermonaten. Er regt die Befestigung des Weges oder eine Neuanlage an. Frau Nötzel sagt, dass das Tor zur an das Ärztehaus verpachteten Fläche führt. Dort hat die Stadt keine offizielle Möglichkeit, etwas umzusetzen. Möglicherweise wäre eine Verlagerung des Tores und Anbindung über die städtische Fläche sinnvoll. Herr Fettke erklärt, dass auch eine Anpassung des Pachtvertrages denkbar wäre. Herr Wende regt einen Ortstermin der Beteiligten an, um eine einvernehmliche Lösung zu finden.

Herr Fischer verweist auf die problematische **Haushaltsslage**. Zwar sei eine Aufwertung von Fürstenwalde-Nord schön, aber es gibt dringlichere Projekte. Für ihn wäre eine Prioritätenliste des Fachbereiches hilfreich, welche aussagekräftig die Notwendigkeiten der vorgeschlagenen Maßnahme darstellen würde. Wenn zu viele Themen gleichzeitig bearbeitet werden, führt dies nicht bei allen zu einem guten Ergebnis. Er betont bspw. die Dringlichkeit eines Straßenkatasters. Herr Wende merkt an, dass es drei verschiedene Versionen der Prioritätenliste gibt. Die erste Liste bildete die Wünsche des Fachbereiches ab. Im konkreten Fall handelt es sich um ein beschlossenes und beauftragtes Projekt, um benötigte Freizeitangebote im Stadtteil zu schaffen.

Herr Tschepe verweist auf Unterschiede zum Marktplatz-Projekt: Neben der qualitativen Gestaltung ist es eine wichtige Maßnahme zur Steigerung der Wohnumfeldqualität. Es hat damit auch eine soziale Bedeutung. Die Menschen in Nord fühlen sich ohnehin oft abgehängt. Der erste Bauabschnitt wurde sehr positiv und gut angenommen. Es ist die einzige öffentliche **Parkanlage** in Nord und bietet der Stadt auch die Möglichkeit, im Sinne des Klimaschutzkonzeptes tätig zu werden. Außerdem kann der belastete Boden mit Fördermitteln beseitigt und können Ausgleichsflächen für Baumpflanzungen gewonnen werden. Der Nordpark ist Teil verschiedener Fuß- und Radwegeverbin-

dungen. Am Weg zwischen Wohngebiet und Einkaufsstätten wird eine Beleuchtung sehr vermisst. Das Projekt steht zudem auch nicht in Konkurrenz zu anderen Maßnahmen (Straßenbau etc), da es im Ergebnishaushalt ist.

Herr Wende sieht auch die Gefahr, dass die wiederholte Nichtnutzung der zur Verfügung stehenden Mittel dazu führen könnte, dass die Stadt aus dem Förderprogramm „Soziale Stadt“ entlassen wird.

Herr Hajduk sieht auch die Wohnumfeldentwicklung als ein **Kernthema** der Stadtentwicklung. Der Fachbereich hat die ihm gestellte Aufgabe erfüllt und die Diskussion im Ausschuss sollte sich eher um Stadtentwicklungsthemen drehen, da es sich nicht um den Finanzausschuss handelt.

Herr Geike lobt auch als Bewohner des Stadtteils Nord den Fachbereich für die Planung und äußert große **Vorfreude** auf die Umsetzung. Frau Krüger möchte es nicht als Kritik am Plan verstanden wissen, sie hält die Kita Kunterbunt aber für dringlicher. Auch Herr Fischer sieht das so und spricht sich eher gegen den Zeitpunkt der Umsetzung aus. Dringlicher wäre es aus seiner Sicht bspw., die Trebuser Straße zu sanieren. Hier sollte besser abgewogen werden. Es werden auch im Ergebnishaushalt viele Dinge zusammengestrichen. Herr Tschepe betont, dass das Projekt haushalterisch keine Konkurrenz zur Sanierung der Kita Kunterbunt darstellt.

Frau Nötzel merkt an, dass sie im aktuellen Tagesordnungspunkt das Projekt vorgestellt hat und die Haushaltsdiskussion besser im nächsten Tagesordnungspunkt zu führen sei. Für das Projekt wurden die nächsten Planungsphasen beauftragt, um die Planung zu beenden. Die Umsetzung kann bei Bedarf auch 2021 erfolgen. In ihrer eigenen **Prioritätensetzung** wäre bspw. die Erstellung eines Straßenkatasters hinten, da die Stadt schon eines besitzt. Dieses beinhaltet allerdings nicht alle Angaben. Fehlende Informationen liegen aber in anderer Weise vor. Ein Straßenkataster hat zudem auch wenig Sinn, wenn auf der anderen Seite die Gelder für Deckensanierungen gestrichen werden. In einem jüngst besuchten Erfahrungsaustausch konnte sie mitnehmen, dass viele andere, auch große Kommunen ohne Straßenkataster auskommen.

Herr Altmann fragt, wieviel der Gesamtsumme schon bezahlt bzw. beauftragt ist. Frau Nötzel antwortet, dass aktuell die Leistungsphasen 3 bis 6 mit einer Summe von 45.000 Euro beauftragt sind. Die Hälfte der Summe wird dieses Jahr fällig.

Herr Fachtan meint, dass das Projekt für die Verbesserung der **Lebensqualität** der 10.000 Einwohner in Nord gebraucht wird und die Summe dafür auch nicht zu hoch sei.

Der Vorsitzende bittet um ein Meinungsbild der Abgeordneten: Neun Abgeordnete sprechen sich für die Fortsetzung des Projektes aus. Herr Fischer nimmt nicht an der Abstimmung teil.

TOP 8.3 Haushaltssatzung 2020

7/DS/043

Herr Wende erläutert, dass, entsprechend der Vorgehensweise im letzten Jahr, zum einen der Haushaltsentwurf in Rohhaushalt und Prioritätenliste aufgeteilt ist und zum anderen die Abgeordneten ihre Haushaltsnachfragen an die Verwaltung geben können, damit diese von ihr beantwortet werden. Herr Tschepe stellt anhand einer Präsentation die wesentlichen baulichen Projekte des Fachbereiches vor. Im Rohhaushalt finden sich Projekte, welche durch Aufträge bzw. Verträge gebunden sind oder bei denen schon wesentliche Teile des Geldes ausgegeben wurden.

Das erste Projekt ist der Neubau und Innenausbau des Anbaus der **Theodor-Fontane-Grundschule**. Hier fragt Herr Wende, ob die Erhöhung der Kosten auch zu erhöhten Zuschüssen führen würde. Herr Tschepe erläutert, dass die Mittel aus dem Kommunalinvestitionsförderungsgesetz (KInvFG) gedeckelt seien. Aufgrund der Verwendung einiger KInvFG-Gelder zur Tragung der Kostensteigerung an der Gerhard-Goßmann-Grundschule hat sich die Summe für die Theodor-Fontane-Grundschule sogar reduziert. Es werden dafür jetzt auch die auslaufenden ASZ- Mittel (Aktive Stadtzentren) vom Marktplatz verwendet. Die Marktplatzgelder konnten umfunktioniert werden, da sich die Schule in der ASZ-Programmkulisse befindet und es sich um ein begonnenes Projekt handelt und somit den Förderbestimmungen entspricht, wie Herr Tschepe auf Herrn Hajduks Frage ausführt. Problematisch

ist, dass die einzelnen Baumaßnahmen nur jeweils durch ein Förderprogramm finanziert werden können.

Beim Neubau des **Ruderzentrums** handelt es sich um ein Projekt, bei dem sich die Stadt im letzten Jahr kurzfristig erfolgreich um eine 90%ige Förderung des Bundes beworben hat. Hier sind die Fördermittel für Fürstenwalde allerdings auf 1,2 Mio. Euro begrenzt. Um das Projekt umsetzen zu können, ist eine reduzierte Neuplanung notwendig. Hierfür steht die Ausschreibung der Planungsleistung in den Startlöchern.

Weitere Projekte sind der Neubau des besonders schlimmen Gehwegs auf der Südseite der Neuen Gartenstraße, die Sanierung des Jagdschlusses sowie der Ausbau der Lindenstraße im ersten Bauabschnitt (Bahnübergang–Thomas-Edison-Straße) und im zweiten Bauabschnitt (Thomas-Edison-Straße–Turmstraße). Beim zweiten Bauabschnitt der **Lindenstraße** wird es eine Veränderung bei der Aufteilung der Kosten geben: Statt die 1,6 Mio. Euro komplett im Jahr 2021 vorzusehen, wird die Aufteilung der Summe auf 2021, 2022 und 2023 vorgeschlagen.

Im Wohngebiet **Ketschendorfer Feldmark** sind für 2020 (Edeltraut-Soot-Straße, Lily-Braun-Straße) und 2021 (Annemirl-Bauer-Straße, Charlotte-Fenske-Straße) Gelder für den Deckenschluss vorgesehen. Nach seiner Schätzung ist die Verschiebung des Deckenschlusses im zweiten Bauabschnitt von 2021 auf 2022 wahrscheinlich.

Es ist die grundhafte Herstellung des **Altstädter Platzes** geplant. Hierfür wurden vom Anlieger am Altstädter Ring bereits die Erschließungsbeiträge (130.000 Euro) eingenommen. Demnächst ist hier der Grundsatzbeschluss vorgesehen.

Bei der **Aufbauschule** hat die Stadt den Wiederkauf erklärt. Sie ist dadurch in der Lage, selbst Sicherungsmaßnahmen mit Fördermitteln vorzunehmen. Mehr Informationen hierzu wird es in der Sondersitzung am Donnerstag geben. Aktuell sind die Planungsleistungen ausgeschrieben – der Zuschlag soll noch 2019 erfolgen.

Für die im TOP 8.2 behandelte **Erweiterung des Nordparks** sind für das nächste Jahr 22.000 Euro für Planungen gebunden. Die Umsetzung liegt im Ermessen der Stadtverordneten. Hierfür wird es demnächst den Ausführungsbeschluss geben.

Beim Marktplatz ist aus den im TOP 8.1 dargelegten Gründen die Umsetzung fraglich. Darüber hinaus gibt es Mittel für **Grundstückserwerbungen**, -entwicklungen und Abrissmaßnahmen sowie für Angelegenheiten im Zusammenhang mit städtischen Gartengrundstücken. Für kleinteilige Erwerbungen, wie aktuell das in den Straßenraum ragende Teilstücke des Grundstücks Langewahler Straße 63, soll es eine Pauschale geben. Hier empfiehlt Herr Wende, darüber nachzudenken, das gesamte Grundstück zu erwerben, um eine Zuwegung zur Spree zu ermöglichen.

Die dringend erforderliche weitere **Fahrzeugeterneuerung** beim Kommunalservice ist eine weitere Position.

Auf der **Prioritätenliste** stehen mit Priorität 1 Grundstückserwerbe an der Lotichiusstraße und Rauener Straße, der Hortneubau für die Sigmund-Jähn-Grundschule, die Verbesserung der Verkehrsanlagen an der Beeskower Chaussee vor dem Schulzentrum, die Querungshilfe sowie der Geh- und Radweg an der Hangelsberger Chaussee und die kontinuierliche Erneuerung von Bushaltestellen.

Herr Wende erinnert, dass noch die in der Haushaltsklausur angefragte Priorisierung der **Planungskosten** fehlt. Ein besonderes Augenmerk legt er auf die Planungen der Radverkehrsanlagen, wie die Verbindung zur Rauenschen Ziegelei oder in der Dr.-Wilhelm-Külz-Straße. Die Radverkehrsverbindung Bahnhof–Innenstadt sollte auch wieder auf Priorität 1 gesetzt werden. Herr Tschepe bietet an, eine Aufstellung aktueller Planungen nachzuliefern. Herr Wende würde das Angebot annehmen. Dies könnte auch für den Fall günstig sein, dass neue Gelder verfügbar werden.

Ein genauer Blick sollte auch auf die Gehwege Lindenstraße (westlicher Teil) bzw. Rudolf-Breitscheid-Straße gelegt werden und in der Hans-Thoma-Straße ist eine Straßenbeleuchtung dringend notwendig, sagt Herr Wende. Es sollte geklärt werden, ob **kleinere Maßnahmen** aus vorhandenen Haushaltsmitteln finanziert werden können oder ob zusätzliche Mittel benötigt werden. Mit

den Ortsbeiräten wurde sich verständigt, über die Grünflächengestaltung in den Ortsteilen nachzudenken.

Für die Sonnengrundschule ist die Anschaffung einer **fahrbaren Rüstung** vorgesehen. Diese, so erläutert Herr Fettke, soll von den Hausmeistern unter anderem zur Reinigung der Dachrinnen, Leuchtmitteltausche und kleinere Malerarbeiten eingesetzt und zu diesem Zweck auch in anderen Einrichtungen genutzt werden. Auch für eine mögliche Reparatur der Bahnhofsuhr könnte sie genutzt werden. Herr Hajduk merkt an, dass die Hebebühne für Baumpflege unter anderem auch mit dem Hinweis angeschafft wurde, dass sie auch für die Regenrinnenreinigung verwendet werden könnte. Für kleinere Maßnahmen ist die Hebebühne überdimensioniert, sagt Herr Fettke.

Herr Wende vermisst gänzlich Gelder für den **Sandstraßenausbau**. Hier gibt es einen Beschluss, jährlich 100.000 Euro zu investieren. Frau Nötzel erinnert daran, dass dieser Beschluss zu einem Zeitpunkt gefasst wurde, als die Umlage noch bei 90 % lag. Aktuell steht sie bei 50 % bei gleichzeitig stark angestiegenen Kosten. Demnach ist mit der eingeplanten Summe weit weniger möglich als ursprünglich intendiert.

Herr Fischer vermisst Sachen, die das **Bahnhofsumfeld** betreffen. Hier verweist Herr Wende auf den geplanten Grundstücksankauf in der Eisenbahnstraße 118. Herr Tschepe ergänzt, dass die Fahrradboxen im Haushalt 2019 angesetzt sind und dass beim weiteren Vorgehen bei der Trebuser Straße 60 ein Treuhändermodell angestrebt wird, weswegen es nicht im Investitionsplan abgebildet ist. Hierzu wird der Erste Beigeordnete zu gegebener Zeit Näheres kundtun. Bei einigen speziellen Maßnahmen, wie der Verlagerung des Verladebahnhofs zur Baulandgenerierung, fehlen noch Grundlagen. Zur Verlagerung wird derzeit eine Machbarkeitsstudie erarbeitet, deren Ergebnisse in der ersten Ausschusssitzung 2020 durch den Gutachter vorgestellt werden sollen.

Herr Tschepe erläutert, dass durch den **Mehrbelastungsausgleich** des Landes als Ersatz für Ausbaubeiträge ab 2019 etwa 235.000 Euro jährlich in den Finanzhaushalt fließen. Diese Summe erhöht sich jährlich um 1,5 %. Durch die neuen Gemeindestraßen in der Ketschendorfer Feldmark steigt der Betrag nochmals. Es handelt sich nicht um eine große Summe, aber auf der anderen Seite ist die Zahlung nicht zweckgebunden. Dadurch wäre auch eine flexible Verwendung denkbar. Sollte die Stadt jedoch in einer Spitzabrechnung belegen wollen, dass die Mittel für den Straßenausbau nicht ausreichen, würde die konkrete Nutzung der Gelder sicherlich geprüft. Er sieht für die Zukunft vier große Straßenausbauprojekte: Trebuser Straße, Lindenstraße, Langewahler Straße und Dr.-Wilhelm-Külz-Straße. Frau Nötzel ergänzt, dass das Geld nicht zur Entbindung aus den Erschließungsbeiträgen genutzt werden kann. Da der Mehrbelastungsausgleich in den Investitionshaushalt fließt, entscheiden die Abgeordneten selbst über dessen Verwendung. Sie könnten auch eine Zweckbindung beschließen. Frau Nötzel schätzt, dass allein der Ausbau der Lindenstraße zwischen Bahnübergang und Thomas-Edison-Straße 2,3 Jahreszuwendungen verbrauchen wird. Es gibt auch weiterhin viele offene Fragen beim Thema Spitzabrechnung.

Herr Apitz bemängelt den Rückstand bei den **Gehwegausbauten**, deren Baulast bei der Stadt liegt, und benennt beispielhaft die Linden- und Rauener Straße. Hierfür sollten diese Mittel genutzt werden. Frau Nötzel verweist darauf, dass die Rauener Straße eine Landesstraße ist und demnach bspw. die Bäume auf den Gehwegen dem Land gehören. Wieviel Aufwand eine Abstimmung mit dem Landesbetrieb machen kann, hat sie gerade am Gehweg an der Erich-Weinert-Straße erleben dürfen, obwohl es dort nur um einen Lückenschluss von 20 m geht. Sie merkt auch an, dass es sich in der Rauener Straße um eine umlagepflichtige erstmalige Herstellung der Gehwege handeln würde.

Herr Apitz würde sich ein sichtbares Zeichen für den **Radverkehrswegeausbau** wünschen. Hier sind noch nicht einmal die Planungen für die beschlossene Verbindung Bahnhof–Spreebrücke eingestellt. Frau Nötzel merkt an, dass grundsätzlich eine durchgehende Anlageform wünschenswert wäre, aber an vielen Stellen die Breite nicht ausreicht. Wegen der Fortsetzung des Radfahrstreifens in der Eisenbahnstraße, ggf. als Schutzstreifen, könnte eine Anfrage an den Landesbetrieb erfolgen.

Herr Petenati freut sich über jedes umgesetzte Projekt. Er weist auf den schlechten Zustand der südlichen Richtungsfahrbahn der **Julian-Marchlewski-Straße** zwischen der Karl-Liebknecht- und

Wriezener Straße hin und fragt, ob diese nicht saniert werden könnte. Frau Nötzel präferiert hier eher den Rückbau.

Für Herrn Fischer zeigt die Diskussion sehr gut, dass ein **Gesamtkonzept** vermisst wird, welches eine Reihenfolge bei der Verwendung knapper Mittel empfehlen würde. Dies sei für den Haushalt 2020 nicht mehr gangbar, wirft Herr Wende ein. Dennoch sollte es Ziel sein, große oder quartierbezogene Masterpläne zu haben.

Herr Fischer fragt nach möglichen Personalbedarfen im Fachbereich Stadtentwicklung, um Maßnahmen schneller umsetzen zu können. Herr Tschepe sagt, dass derzeit vor allem aus haushalterischen Gründen viele **Planungen nicht umgesetzt** werden können. Eine Erhöhung der Anzahl an Planern würde demnach nicht zu mehr Umsetzungen führen. Vielmehr verhindern teure Hochbaumaßnahmen auf der einen Seite diverse Tiefbaumaßnahmen auf der anderen. Hier können die Abgeordneten durch die Prioritätensetzung selbst Einfluss nehmen.

Herr Wende gibt bekannt, dass für die Stadtverordnetenversammlung am 14.11. ein fertiger Haushaltsentwurf angekündigt wurde. In den Ausschüssen wird dann eine weitere Beratungsrunde folgen. Weiterhin ist eine Bereinigungssitzung zur Entlastung der Stadtverordnetenversammlung im Finanzausschuss geplant.

TOP 8.4 Bebauungsplan Nr. 111 "Parkanlage Bettina-von-Arnim-Straße" hier: 7/DS/054 Beschluss über die Satzung einer Veränderungssperre gemäß §§ 14 und 16 Baugesetzbuch

Der Vorsitzende sagt, dass es sich um eine Konsequenz aus dem Beschluss zum Vorgehen an der Bettina-von-Arnim-Straße handelt. Er regt an, auf eine Diskussion zu verzichten, da alle Argumente im Zuge der letzten Beschlüsse ausgetauscht wurden. Diesem Vorschlag widerspricht niemand.

Der Beschlussvorschlag wird mehrheitlich zur Zustimmung empfohlen.

Protokollnotiz: Herr Apitz war zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht anwesend.

Beschlussvorschlag:

Auf der Grundlage der §§ 3 und 28 Abs. 2 Ziff. 9 Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) vom 18. Dezember 2007 (GVBl. I S. 286), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 19. Juni 2019 (GVBl. I/19, [Nr. 38]), und der §§ 14 und 16 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634) wird für das gesamte Plangebiet des Bebauungsplans Nr. 111 „Parkanlage Bettina-von-Arnim-Straße“ die in der Anlage beigefügte Veränderungssperre als Satzung beschlossen.

Zustimmung Ja 3 Nein 2 Enthaltung 1 Befangen 0

TOP 8.5 29. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Fürstenwalde/Spree (Otto-Lilienthal-Straße) hier: Auslagebeschluss

Herr Tschepe sagt, dass das Projekt den Abgeordneten bereits vorgestellt wurde. Die Änderung der Einzelhandelsnutzung am alten Baumarktstandort zu einer gewerblichen Nutzung (Spedition) steht ausdrücklich im Einklang mit dem beschlossenen Einzelhandels- und Zentrenkonzept (EHZK) der Stadt Fürstenwalde/Spree zur Reduzierung von Einzelhandelsflächen in Randbereichen.

Herr Mattigk fragt, ob der Stadt nähere Informationen zur Schließung der **Keramikscheune** bekannt seien. Herr Tschepe hat nur Kenntnis über die Schließung zum Jahresende durch eine entsprechende Werbebeilage bekommen.

Der Beschlussvorschlag wird einstimmig zur Zustimmung empfohlen.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt dem Entwurf der 29. Flächennutzungsplanänderung (Stand: 2. Oktober 2019) zu. Sie beschließt, mit diesem Entwurf die Beteiligung der Öffentlichkeit

gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und gleichzeitig die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB sowie die Abstimmung mit den Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB, jeweils in Verbindung mit § 4a BauGB, durchzuführen.

Zustimmung Ja 8 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**TOP 8.6 Bebauungsplan Nr. 110 "Otto-Lilienthal-Straße II" 7/DS/049
hier: Beschluss über den Entwurf zur Auslegung gemäß § 3 Abs. 2
BauGB**

Frau Krüger fragt, ob es Konflikte mit den Anwohnern bezüglich der **Zufahrt** geben könnte. Herr Tschepe informiert, dass die Erschließung der Fläche von der Otto-Lilienthal-Straße aus abseits der Wohnbebauung erfolgen wird.

Der Beschlussvorschlag wird einstimmig zur Zustimmung empfohlen.

Beschlussvorschlag:

1. Der Entwurf zum Bebauungsplan Nr. 110 "Otto-Lilienthal-Straße II" (Stand 21.10.2019) wird zur Kenntnis genommen.
2. Mit dem Entwurf zum Bebauungsplan Nr. 110 "Otto-Lilienthal-Straße II" (Stand 21.10.2019) ist die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB sowie i.V.m. § 4a BauGB gleichzeitig die Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB sowie die Abstimmung mit den Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB durchzuführen.

Zustimmung Ja 8 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 8.7 Sitzungsplan 2020

Herr Wende informiert aus der Fraktionsvorsitzendenrunde zum Sitzungsplan, dass als größte Änderung und Neuerung vorgeschlagen wird, die Stadtverordnetenversammlungen künftig schon um 17 Uhr zu beginnen. Die Ausschüsse sollen aber nach wie vor um 18:30 Uhr losgehen.

Herr Hajduk merkt an, dass die Sitzungen der Ortsbeiräte über die Wochentage verteilt stattfinden sollen. Herr Wende regt an, dass dies die Ortsbeiräte über ihre Gremien einbringen sollen und dass hier nur über die Sitzungen des Stadtentwicklungsausschusses diskutiert und abgestimmt wird.

Herrn Apitz' Frage, ob sich wesentliche Terminänderungen ergeben haben, verneint Herr Wende. Es ist nur eine zusätzliche Sitzung im August vorgesehen.

Der vorgeschlagene Sitzungsplan wird bezüglich der Termine der Sitzungen des Ausschusses für Stadtentwicklung mehrheitlich zur Zustimmung empfohlen.

Zustimmung Ja 7 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

TOP 9 Informationen der Verwaltung

Herr Wende erinnert an die bereits erfolgte Information über die Anwohnerinformationsveranstaltung zum Ausbau der **Mitschurinstraße** am 12.11. um 18:30 Uhr in diesem Raum.

Herr Tschepe informiert, dass die geplante Bepflanzung des **Ketschendorfer Angers** auf das Frühjahr 2020 verschoben werden musste. Hintergrund ist, dass auf die Ausschreibung nur Angebote eingingen, die weit oberhalb der Kostenplanung lagen. Im Winter wird eine erneute Ausschreibung stattfinden.

Beim Ausbau der Krausestraße wird mit dem Abschluss der Bauarbeiten Ende der nächsten Woche gerechnet. Damit wären alle Straßen im Bereich des Wohngebiets **Ketschendorfer Feldmark** – von den Deckenschlüssen in den Baugebieten abgesehen – beendet. Als wichtige angrenzende Straße wäre noch der dringende Ausbau des Heuwegs anzugehen. Hierfür sind die Planungen fertig. Die Realisierung dieser Maßnahme haben die Abgeordneten in den Haushaltsdiskussionen in der Hand.

Mit dem heutigen Tage hat die Bepflanzung der Grundmauern des **Kapitelhauses** mit Rosen begonnen.

TOP 10 Behandlung von Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses

Herr Geike fragt, ob neben den zusätzlichen Planungskosten in der **Lindenstraße** auch Folgekosten durch die Streitigkeiten mit einem Eigentümer entstehen werden, wie hoch diese seien und wer sie tragen wird. Herr Tschepe bestätigt, dass sich die Kosten erhöhen werden. Eine genaue Bezifferung ist derzeit aber noch nicht möglich. Die Tragung der Mehrkosten wird sicherlich noch zwischen verursachendem Eigentümer und Stadt zu Diskussionen führen. Durch die Ereignisse gibt es einen Verzug bei Baumfällungen und auch der Geh- und Radweg auf der Südseite im Bereich des Grundstückes wird nicht mehr vor Wintereinbruch fertiggestellt werden.

Herr Apitz informiert, dass das Mobiliar im **Innenstadtbüro** teilweise beschädigt ist und regt eine Entfernung der kaputten Stühle durch die Stadt als Eigentümerin an. Herr Tschepe wird dies weitergeben und dankt für den Hinweis.

Herr Apitz würde sich eine (jährliche) Darstellung der Arbeit des **Quartiersmanagements** Nord im Ausschuss wünschen. Hierzu informiert Herr Tschepe, dass das Quartiersmanagement diese Berichte regelmäßig im Ausschuss für Kultur, Sport, Soziales, Bildung, Integration und Gleichstellung präsentiert. Der Vorsitzende könnte sich eine Präsentation auch in diesem Ausschuss vorstellen, sieht das Thema aber in dem anderen Ausschuss besser verortet.

Herr Mattig fragt, ob die Planungskosten für einen Ausbau des Dachbodens in der **Feuerwache Mitte** bekannt sind. Im Haushalt steht dazu, dass diese neu berechnet werden müssen. Herr Tschepe sagt, dass die Feuerwehr die Kosten noch nicht konkretisiert hat, da die Maßnahme ohnehin weit hinten auf der Prioritätenliste steht. Herr Wende stellt nach eigener Besichtigung die Notwendigkeit in Frage.

Herr Wende beklagt den Zustand der Gehwege rund um den im Bau befindlichen **Norma**-Markt in der Rudolf-Breitscheid-Straße. Auch Herr Tschepe hätte sich hier aus Eigeninteresse mehr Engagement des Bauherren zur Gehwegherstellung gewünscht, da dieser größter Nutznießer der Maßnahme wäre. In vielen vergleichbaren Fällen hat dies besser funktioniert. Auf entsprechende Gesprächsangebote, auch zur Präsentation des Vorhabens im Ausschuss, hat es keine Reaktion gegeben. Herr Wende sieht die Verantwortlichkeit auch bei der Stadt, da es eine kommunale Angelegenheit ist.

TOP 11 Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung

Der Vorsitzende beendet den öffentlichen Teil der Sitzung um 21:34 Uhr und bittet darum, die Nichtöffentlichkeit herzustellen. Er verabschiedet die Gäste.

Stephan Wende

Marco Witte

Vorsitzender

Schriftführer